

# Neue Deponie im Wildtierkorridor

Naturschützer gegen neues Projekt Rheinfeldens für Kiesabbau und Bauschuttalagerung

Von Christian Horisberger

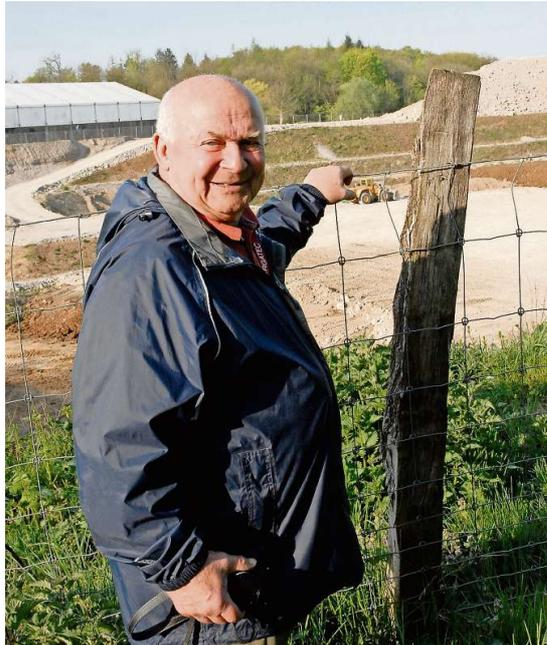
**Rheinfeld.** Die Geschichte wiederholt sich: Gemeinde und Bürgerrat wollen in einem Rheinfelder Naherholungsgebiet eine Kiesgrube/Inertstoffdeponie einrichten. Das spült einerseits Geld in die Kassen der Stadt, gleichzeitig können Kapazitäten für Aushubmaterial aus der Region geschaffen werden. Gegen die Pläne der Stadtoberen wehrt sich der pensionierte Gymnasiallehrer Jürg Keller und organisiert den Widerstand.

Im Wäberhölzli, wo die Stadt einen Jungwald roden und das Gebiet mit Inertstoffen, also Aushubmaterial von Baustellen, auffüllen wollte, erzwangen Keller und seine Mitstreiter den Stopp des vom Stadtrat und von Ortsbürgern gepushten Vorhabens. An jenen Erfolg möchte der 75-jährige Wald- und Naturliebhaber beim neuesten Plan der Stadtoberen anknüpfen. Das Gebiet Rüttenen, das nur durch einen schmalen Waldstreifen vom Rhein getrennt ist, soll Naherholungsgebiet bleiben und nicht für Jahrzehnte mit einer weiteren Kiesgrube und einem neuen Kieswerk verschandelt werden (siehe Kasten).

Es handle sich um ein wertvolles und rege genutztes Naherholungsgebiet, sagt Keller. Ob mit Hunden, auf dem Bike, beim Spazieren oder Joggen, fast den ganzen Tag über würden die Wege und Strässchen der ebenen, teilweise von Waldstücken gesäumten Fläche von Einwohnern Rheinfeldens und Möhlin genutzt. Der Bevölkerungsdruck sei hoch, Rheinfeldens sei in den letzten Jahren massiv gewachsen – nicht zuletzt aufgrund der Expansionspolitik der aktuellen Stadtregierung, merkt Keller an. Noch schwerer wiegt aber aus seiner Sicht, dass die Kiesgrube mitten auf einen Wildtierkorridor zu liegen käme. Keller deutet beim Treffen mit der BaZ vor Ort auf den rund 100 Meter breiten Waldstreifen zwischen dem Gruben-Areal und dem Rhein – einen Bruchteil des heutigen Korridors. Die Stadtoberen behaupteten, das sei genug, sagt der Naturfreund und schüttelt ratlos den Kopf.

## Wildtierkorridor ist kein Reservat

Stadttammann Franco Mazzi sieht im Korridor keinen Hinderungsrgrund für die Gewinnung von Kies: Bereits die heutige Grube Chleigrüt, die als Standort fürs Kieswerk vorgesehen ist, befindet sich mitten im Korridor und werde von den Wildtieren problemlos passiert. «Der Wildtierkorridor ist kein Reservat und bedeutet auch nicht, dass innerhalb desselben nichts mehr gemacht werden darf.» Grube und Werk seien mit den Zielen und Festlegungen des Korridors gut vereinbar. Ebenfalls keine Probleme sieht Mazzi für Jogger und Hundeleiter: Die Zugänglichkeit des Areals werde gegenüber heute nicht wesentlich eingeschränkt, die Spazier- und Wanderwege im Wald seien nicht tangiert. Und: Die ökologischen Auf-



**Wildtierkorridor missachtet.** Jürg Keller gewichtet die Qualität der Rheinfelders Naherholungsgebiete und den Naturschutz höher als die Einkünfte der Stadt.

wertungsmassnahmen würden die Aufenthaltsqualität für Naherholungs-suchende erhöhen. Im Übrigen weist Mazzi darauf hin, dass der Kiesabbau befristet sei. Die Zone werde später wie-

der der Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Den Blick auf die wenig idyllische Grube – über Jahrzehnte – würdigt der freisinnige Stadtpäsident mit keinem Wort.

## Kieswerk, weitere Kiesgrube und Aushubdeponie

**Langfristige Planung.** Im Gebiet Chleigrüt, in der Nähe des Saledoms bei Möhlin, will der Stadtrat von Rheinfeldens dem Baustoffkonzern Holcim ermöglichen, ein Kieswerk zu errichten, um den Kies, der seit 2016 im Gebiet Untere Rüttenen gefördert wird, ortsnah verarbeiten zu können. Aktuell geschieht dies im Werk in Eiken. Damit sich die Investition ins Werk rechnet, will Holcim im nahen Gebiet Grossgrüt eine weitere Kiesgrube eröffnen, die von 2027 für etwa 20 Jahre in Betrieb sein soll. Als weitere Option steht das angrenzende Gebiet Neumatt Nord in der Planung, mit dem die Kiesförderung bis 2070 sichergestellt werden könnte. Zunächst geht es aber um neue Kieswerk Chleigrüt und die Grube Obere Rüttenen. Beim Chleigrüt handelt es sich um eine ausgebeutete Kiesgrube, die gegenwärtig mit Aushubmaterial aufgefüllt wird. Die Obere Rüttenen sind 20 Hektaren landwirtschaftliches Kulturland, zu weiten Teilen umgeben von Wald. Für vier Grund-

eigentümer der Kiesgrube würde insgesamt jährlich eine Million Franken abfallen, davon 400'000 Franken an Einwohner- und Bürgergemeinde Rheinfeldens, den restlichen Betrag teilen sich eine Firma und ein privater Grundeigentümer. Fürs Kieswerk würde die Stadt einen jährlichen Bau-rechtszins in sechsstelliger Höhe einstreichen. Die Erträge von Bürger- und Einwohnergemeinde von der Deponierung von Aushubmaterial werden noch nicht beziffert. Der Stadtrat hält aber fest, dass das Deponievolumen willkommen sei. Mit den Gruben Untere Rüttenen und Grossgrüt müssten sich die Gemeinden des Unteren Fricktals darum für Jahrzehnte keine Sorgen mehr machen. Gemäss Stadtrat sei das Grundwasser vom Kiesabbau nicht betroffen und im Gebiet wäre kein zusätzlicher Lastwagenverkehr zu erwarten – im Gegenteil: Mit dem Bau des Kieswerks würden die Fahrten zwischen der Kiesgrube Rheinfeldens und dem Kieswerk in Eiken entfallen. ch

Ausgeblendet hat der Stadtrat offenbar auch den Willen der Bürger. Markus Klemm, Ortsbürger und pensionierter Hausarzt, hatte an einer Info-Veranstaltung darauf hingewiesen, dass die Ortsbürger das Gebiet in der Bau- und Nutzungsordnung von 2003 von der Industriezone der Landwirtschaftszone zugeschlagen haben. Zuvor hatten die Bürger bereits einem Golfplatzprojekt auf dem Gelände eine Abfuhr erteilt. Das Gelände solle nun ohne ersichtlichen Grund geopfert werden. Es sei ein schwerer Einschnitt ins Landschaftsbild, den eine bis zwei Generationen zu spüren bekämen, sagt Klemm.

## Basis für Wohlstand Rheinfeldens

Für Mazzi zählen beim Holcim-Deal andere Dinge: Die Erträge aus der Kiesgrube Chleigrüt hätten wesentlich dazu beigetragen, dass die Einwohnergemeinde heute finanziellen Handlungsspielraum habe. Die Mittel seien stets auch dafür verwendet worden, um die Lebensqualität für die Bevölkerung zu verbessern – mit Massnahmen zugunsten von Waldpflege oder Naturschutz. In ganz Rheinfeldens werde seit vielen Jahrzehnten Kies abgebaut. Etliche frühere Kiesgruben seien längst reaktiviert und würden heute wieder als Bau- und Kulturland, Wald oder Naturschutzgebiet genutzt.

Damit lässt sich Jürg Keller nicht mundtot machen. Die Kassen der Stadt seien voll, die Einkünfte daher von untergeordneter Bedeutung, sagt der frühere Rektor eines Gymnasiums. Wald und Natur sei der Vorzug zu geben. Er schwärmt von den vielen Rehen, die sich jeweils in der Dämmerung auf den Feldern tummeln würden.

Für sie und die anderen Wildtiere, die den Korridor benützen, tippt Keller eifrig Leserbriefe für die Lokalpresse, telefoniert sich die Ohren wund, um wie schon im Kampf gegen die Wäberhölzli-Deponie Mitstreiter zu gewinnen. Bei den örtlichen Naturschützern hat er schon angeklopft, ebenso bei den Wäberhölzli-Weggefährten. Zu seinem Bedauern ist die Bewegung «Unser Rheinfeldens», die für den Wäberhölzli-Kampf gegründet wurde, auseinander gebrochen. Und eine grüne Partei gebe es in Rheinfeldens nicht. Darum will sich Keller bei Gelegenheit kümmern. Aber eins nach dem anderen.

Im Juni gilt es ernst. Die Rheinfelder Ortsbürger (am 11. Juni) und die Einwohner (am 13.) werden über den Vertrag für den Materialabbau und die Wiederauffüllung Grossgrüt abstimmen. Selbst wenn beide Versammlungen Ja sagen, ist der Deal noch lange nicht unter Dach. In weiteren Schritten ist eine Umzonung für das Kieswerk erforderlich und ein Gestaltungsplan abzusehen. Dafür sind weitere Entschiede von Ortsbürgern und Einwohnern erforderlich. Ein einziges Nein reicht, und die Pläne sind Makulatur. Keller hat also mehrere Penaltys, um das Kiesgeschäft abzuschliessen.

# Pannen in der Kommunikation

Allschwil reagiert mit Konzept

Von Tomasz Sikora

**Allschwil.** Die Kommunikation der Gemeinde Allschwil lässt einiges zu wünschen übrig. So sah es jedenfalls der Einwohnerrat, als er im April 2016 eine Interpellation der SP-Fraktion mit dem Titel «Was läuft in Sachen Kommunikation in Allschwil noch wirklich gut?» an den Gemeinderat überwies.

Die SP kritisiert im Vorstoss Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli (FDP): «Einerseits übernimmt sie die Verantwortung, andererseits müssen durch voreilige Stellungnahmen später – nach Stunden oder Tagen der internen Abklärungen durch die Hauptabteilungen – oft relevante Sachverhalte nur teils bestätigt, oft relativiert oder sogar verworfen werden». Ausserdem wird gefragt, warum man die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen einer ersten Stellungnahme nicht den Medienverantwortlichen der Gemeindeverwaltung überlässt.



**Nicole Nüssli.**

Tatsächlich hat sich die Gemeindepräsidentin mit ihrer direkten Art zu kommunizieren in der Vergangenheit nicht nur Freunde gemacht. Als der Kanton die Sanierung der Baslerstrasse vorverlegte, war sie nicht besonders erfreut. Denn die Gemeinde habe zeitgleich vor, den Hegenheimermattweg zu sanieren. Beide gleichzeitig zu sanieren, war aber unmöglich, weil die jeweils andere Strasse als Umfahrung dienen sollte. Nüssli liess kurzerhand eine Medienmitteilung aufsetzen und verschickte, in der von einem «wenig durchdachten Vorgehen der Regierung» die Rede war.

## Linke verärgert

Auch die kurzfristige Mitteilung des Gemeinderats vom März, wonach die Löhne der Allschwiler Tagesmütter innerhalb von zwei Wochen gekürzt würden, sorgte für einige Aufregung. In Erinnerung geblieben ist auch die Polemik rund um die Stiftung Tagesheime Allschwil; hier schaltete sich sogar die Geschäftsprüfungskommission ein (die BaZ berichtete). Weil Nüssli kurz vor den Wahlen die Misswirtschaft bei den Tagesheimen bestätigte, die mehrheitlich von SP-Parteimitgliedern geführt wurden, zog sie den Zorn der Linken auf sich.

In einer Antwort auf die Interpellation, deren Thematisierung für die morgige Einwohnerratssitzung traktandiert ist, gibt sich der Gemeinderat nun reumütig. Man habe die «Vorkommnisse» analysiert und Massnahmen eingeleitet. Mit dem erarbeiteten Kommunikationskonzept werde er sicherstellen, dass «künftig die Prozesse und Verantwortlichkeiten in der Kommunikation genau geregelt sind», schreibt der Gemeinderat. Ausserdem habe man die Stellenprozentage in der Stabsstelle Kommunikation von 40 auf 100 Prozent erhöht.

## Konzept mit Hand und Fuss

«Es stimmt, dass die Kommunikation in der Vergangenheit verbesserungswürdig war», gibt Nüssli auf Anfrage der BaZ unumwunden zu. «Eine bessere Vorbereitung wird in Zukunft eine Einheitlichkeit bei der Beantwortung von Fragen sicherstellen und die entsprechenden Verantwortlichkeiten regeln.»

Zwei Jahre sind seit dem Eingang der Interpellation verstrichen. Das sei zu lange, sagt Andreas Bammatter, Co-Präsident der SP Allschwil-Schönenbuch, und fügt hinzu: «Die Kommunikation des Gemeinderats und der damalige Gemeindeverwalter auf der Allschwiler Verwaltung haben dazumal für Hektik gesorgt.»

Trotzdem kann er der Entwicklung Gutes abgewinnen und gibt sich zufrieden: «Der Gemeinderat hat in die Zukunft geschaut und erkannt, dass die Bereiche Digitalisierung und Öffentlichkeitsarbeit immer wichtiger werden und die Kommunikation der Gemeinde personell verstärkt. Das vorgelegte Konzept hat Hand und Fuss.»

## Korrekt

**Klarheit und Transparenz gefordert, BaZ vom 23. April Muttenz.** Im Artikel zu den Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission gegenüber der Staatsanwaltschaft hiess es: «Nach Ansicht der Ersten Staatsanwältin Angela Weirich muss sich der Pikett-Dienst der Staatsanwaltschaft, der zum Einsatz kommt, wenn die Polizei anruft, wie die Organisation eines Notfalldienstes an einem Spital vorstellen. Tagsüber sei ein Arzt am Apparat und entscheide, was zu tun sei. Ausserhalb der Bürozeiten dürfe die Krankenschwester entscheiden.» Entsprechende Aussagen hat die Erste Staatsanwältin aber nicht gemacht. Vielmehr hätte es im Sinn einer generellen Erklärung des Autors heissen sollen: «Man muss sich den Pikett-Dienst wie die Organisation eines Notfalldienstes an einem Spital vorstellen. Tagsüber ist ein Arzt am Telefon, ausserhalb der Bürozeiten darf die erfahrene Krankenschwester entscheiden.» Wir bedauern den Fehler, der bei der Revision entstanden ist.

## Nachrichten

### Primarschule zieht in die Mittenza ein

**Muttenz.** Während des Umbaus des Schulhauses Breite werden diverse Räume des Hotels und Kongress-zentrums Mittenza im Herzen von Muttenz für den Schulunterricht genutzt. Wie der Gemeinderat mitteilt, betrifft dies das kommende Schuljahr. Dadurch werde eine Abgabe an eine neue Nutzerschaft definitiv frühestens per 1. Juli 2019 möglich, also nach Abschluss des Schuljahres. Derweil haben die aktuellen Betreiber des Hotelbereichs und des grossen Saals der Mittenza unter der Leitung von Ingrid Bürgin und Bruderli Gastronomie die Weiterführung ihrer Betriebe bis Ende 2019 bestätigt.

### Swissgrid vermisst Hochspannungsleitungen

**Liestal.** Die nationale Netzgesellschaft Swissgrid digitalisiert das Schweizer Hochspannungsnetz. Dies mit auf-

nahmen aus Helikoptern, wobei diese in einer Höhe von 300 Metern fliegen und einen Korridor von 200 Metern erfassen. Wie Swissgrid mitteilt, komme es an einzelnen Tagen zu Lärmmissionen. Die Flüge finden zwischen Mai und August an windarmen und regenfreien Tagen statt.

### Jugendzentrum Liestal weiterhin beliebt

**Liestal.** Das bei der Allee unterhalb des Bahnhofs domizilierte Jugendzentrum Liestal zieht eine positive Bilanz zum 28. Betriebsjahr. Wie die für den Betrieb verantwortliche Stiftung Jugendsozialwerk des Blauen Kreuzes Baselland mitteilt, haben 2017 im Zentrum rund 4000 Kontakte zu Jugendlichen stattgefunden. Sechs von zehn Besuchern im Alter von 10 bis 20 Jahren sind männlich, sie stammen aus der Schweiz, Deutschland, Italien, der Türkei oder Albanien. Betrieben wird das Zentrum von drei Angestellten des Jugendsozialwerks.

### Die besten Musikschüler des Baselbiets

**Binningen.** Die Preisträger des Wettbewerbs Konzertpodium für Baselbieter Musikschülerinnen und -schüler haben im Kronenmattsaal in Binningen ihr Können gezeigt und ihre Preise entgegengenommen können. Die acht Gewinner erhielten einen Beitrag von je 1100 Franken, die acht Zweitplatzierten jeweils 500 Franken. Die Prämie muss zweckgebunden für die musikalische Weiterentwicklung der Musikschüler eingesetzt werden. Die Sieger: Fabienne Good (Blockflöte), Nereda Petretta (Querflöte), Lea Bossi (Harfe), Ella Madison Öhmann (Gesang), Pablo Martin-Consuegra (E-Gitarre), Christina Birrer (Saxofon), Jonas Sulzer (Violoncello), Vera Rieger (Gesang). Die Zweitplatzierten: Kai Näf (Klavier), Janis Bracher (Saxofon), Simon Lieb (Klarinette), Nathalie Söll (Gesang), Nora Stahlberger (Akkordeon), Immanuel Brunner (Trompete), Laura Konrad (Gesang), Joëlle Portner (Gesang).